



IG Bau: Staat soll bei Vonovia und LEG einsteigen

Baugewerkschaft erhofft sich Einfluss auf die Mietpreisentwicklung

Tobias Kisling

Berlin. Das Verhältnis von Deutschlands größter Baugewerkschaft, der IG Bau, zum größten Wohnungskonzern der Republik, dem Bochumer Großvermieter Vonovia, ist ohnehin unterkühlt. Als Vonovia-Chef Rolf Buch im Juni erklärte, dass die Mieten mit der Inflationsrate steigen müssten – eine Äußerung, von der er später zurückruderte –, nannte der IG-Bau-Bundesvorsitzende Robert Feiger das eine „inflationäre Unverschämtheit“. Nun nimmt Feiger Deutschlands größten Vermieter erneut ins Visier – und fordert eine Teilverstaatlichung des Dax-Konzerns. „Es kommt darauf an, den ‚Miethaien‘ die Zähne zu ziehen – zumindest die schärfsten“, sagte Feiger im Vorfeld des am Montag in Kassel beginnenden Gewerkschaftstages unserer Redaktion.

Dort wird Feiger den Mitgliedern nicht nur seine Forderung präsentieren, sondern auch gleichzeitig ein Konzept vorlegen, wie er sich staatlichen Einfluss auf die Wohnungskonzerne erhofft. Konkret fordert Feiger, dass der Bund ein Aktienankaufprogramm bei Vonovia und der Nummer zwei im Markt, der Düsseldorfer LEG, starten solle. 25 Prozent plus eine Aktie solle der Bund erwerben, schlägt die IG Bau vor. Damit hätte der Staat eine sogenannte Sperrminorität, könnte also strategischen Einfluss nehmen. Und sollte davon auch regen Gebrauch machen, findet Feiger. „Konkret geht es darum, den Mieten künftig einen Dämpfer zu verpassen.“

Das hätte auch Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter, die nicht bei Vonovia oder LEG wohnen. Denn ein Eingriff auf die Mieten der beiden Marktführer würde auch die Mietspiegel beeinflussen, nach denen sich wiederum die Mietpreisbremse richtet. Für Feiger geht es darum, den „Mietmarkt wieder neu zu eichen – und den Anstieg der Mieten zu beenden“.



Robert Feiger, Vorsitzender der IG Bau.

ANNETTE RIEDL/PA/DPA